



## PRESSEMITTEILUNG

09. Dezember 2005

### MEHRHEIT FÜR DEN ABRISS IST GEKIPPT

Die Ergebnisse einer Anfrage an die Mitgliedern der ehemaligen Expertenkommission Historische Mitte Berlin über ihre aktuelle Meinung zum Abriss des Palast der Republik wurden gestern von der Akademie der Künste der Presse vorgestellt. Sie dürften nachhaltige Auswirkungen auf die Debatte zum Thema im Bundestag haben.

Die Akademie hatte bei den Experten schriftlich angefragt, wie sie unter Berücksichtigung der aktuellen Sachlage einen Abriss des Palastes der Republik zum gegenwärtigen Zeitpunkt und eine anschließende Begrünung der Fläche beurteilen. Gebeten wurden sie außerdem darum, die Möglichkeiten einzuschätzen, den Palast mit weiteren kulturellen Zwischennutzungen bis zur gesicherten Errichtung des Humboldt-Forums zu erhalten.

In den bis Donnerstag vorliegenden neun Antwortschreiben sprachen sich acht Experten deutlich für eine weitere Zwischennutzung des Palastes aus. Bemerkenswert ist dabei insbesondere, dass sich mit Roland Berger, Friedrich Dieckmann, Goerd Peschken und Vittorio Magano Lampugnani auch Schlossbefürworter für eine fortgesetzte Nutzung des Palastes der Republik bis zum Baubeginn des Humboldt-Forums aussprachen. Damit ist eine klare Mehrheit der Mitglieder der Kommission, die 2001 für die Empfehlung votiert hatte, das Humboldt-Forum mit den historischen Fassaden zu versehen, gegen einen sofortigen Abriss. Das bedeutet, dass die Grundlage für den Abrissbeschluss des Bundestages nicht mehr vorhanden ist.

Dieckmann bezeichnete den Palast der Republik als „Volkspalast“. Selbst sein „völlig ausgekernter Rohbau“ stelle eine „nutzbare und wertvolle Architektur“ dar, „deren Vernichtung, ehe der Folgebau projektiert und finanziert ist, sich die Staatsgewaltigen sehr genau überlegen sollten.“ Andernfalls drohe, nach Einschätzung Dieckmanns, statt eines Forums ein „Central Park“. Der Publizist hatte sich gemeinsam mit Peschken 2001 dafür eingesetzt, die Integration des Palastes in den anvisierten Architektenwettbewerb zu erlauben. Peschken erinnere sich, dass der Satz auch in der Empfehlung gestanden habe, „aber die Bedingungen dafür, dass er hätte wirken können, haben die genannten Kreise zerstört.“ „Summa: ich bin niemals für den Abbruch des Palastes der Republik gewesen“, so Peschken weiter.

Architekturhistoriker Bruno Flierl kritisierte wiederholt die Umstände, unter denen es letztlich zur Empfehlung der Expertenkommission gekommen sei. Schon damals geäußerte Alternativen und Kritikpunkte seien nur ungenügend in den Entscheidungsprozess eingeflossen. Er forderte den Bundestag erneut auf, seinen Beschluss vom 4. Juli 2002 zu überdenken – alle Voraussetzungen, die zu ihm geführt hätten, träfen inzwischen nicht mehr zu: „weder funktionell noch finanziell.“ „Eine neue Lage erfordert neues Denken und neue Lösungen. Wer das nicht erkennt, macht sich schuldig vor dem „Deutschen Volk“, mindestens der Bevölkerung gegenüber der bislang nicht begründete und auch nicht genehmigte Kosten aufgebürdet werden.“

Direkt an die Akademie der Künste wandte sich Peter Conradi. Der Architekt und SPD-Bundestagsabgeordnete bat sie, sich für eine Zwischennutzung des Palastes nachdrücklich einzusetzen, bis die bauliche Zukunft planerisch, terminlich und finanziell gesichert sei.

Der Vizepräsident der Akademie Matthias Flügge stellte für die nächsten Tage weitere Antworten in Aussicht, die man ebenfalls veröffentlichen werde.

Die 17 Mitglieder der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ waren im Jahr 2001 mit einer knappen Mehrheit in der finalen Abstimmung zu dem Ergebnis gelangt, den Bau des Humboldt-Forums in der Kubatur des ehemaligen Berliner Stadtschlusses als Perspektive der Schlossplatzbebauung zu empfehlen. Daraufhin fasste der Bundestag im Juni 2002 den Beschluss, der eine 80 prozentige öffentliche Nutzung für das Humboldt-Forum und eine 20 prozentige kommerzielle Nebennutzung vorsah. Die geschätzten Baukosten wurden dabei mit 590 Millionen Euro bemessen.

13 Jahre später sprechen die Fakten eine andere Sprache: Ein realistisches Nutzungs- und Finanzkonzept existiert nicht. Baurisiken und die von der öffentlichen Hand zu tragenden Kosten – inklusive der Finanzierungskosten ca. 1,2 Milliarden Euro – werden schön geredet. Der Palast der Republik wird in einem ideologischen Grabenkampf als „Schandfleck“ stigmatisiert. Selbst die von Bundesbauministerium und Berliner Senat in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie von 2005 wird der Öffentlichkeit mit fragwürdigen Begründungen vorenthalten. Warum? Weil ihre Ergebnisse unliebsame Mängel und Risiken offenbaren und letztendlich mit dem Bundestagsbeschluss und den Grundlagen für die Empfehlung der Expertenkommission wenig gemein haben.

Wenn sich Politiker sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene bis dato der veränderten Sachlage verschlossen haben, müssen sie jetzt zur Kenntnis nehmen, dass die Situation heute eine andere ist. Die Empfehlung der Expertenkommission, die von den politischen Entscheidungsträgern beständig zur Begründung für den Abriss des Palastes der Republik herangezogen wird, erscheint mit dem Ergebnis der Umfrage der Akademie der Künste in gänzlich anderem Licht. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie tun ihr Übriges.

Aus diesem Grund wird das Bündnis kommende Woche die Studie allen Mitgliedern der mit dem Thema befassten Bundestagsausschüsse zukommen lassen. Im Speziellen sind dies der Kulturausschuss, den insbesondere das Thema der zu erwartenden Halbierung der öffentlichen Nutzfläche interessieren sollte, der Bauausschuss sowie der Haushaltsausschuss, der letztendlich die Finanzierung des Projektes abzusegnen hat.

Wir appellieren an die Volksvertreter, sich anhand des von uns zur Verfügung gestellten Materials selbst ein Bild von der veränderten Sachlage zu machen. Sie sind aufgefordert, ihren bisherigen Standpunkt zu diesem Thema ernsthaft zu überdenken, wenn sie nicht die Glaubwürdigkeit vor ihren Wählern verlieren wollen. Politik muss sich veränderten Bedingungen stellen können und eine objektive Einschätzung der Sachlage gewährleisten. Das ist nicht nur ein Gebot der Vernunft, sondern muss Prinzip politischen Handelns sein. Gerade Beschlüsse mit einer offensichtlich veränderten Entscheidungsgrundlage müssen hinterfragt und überprüft werden können.

BÜNDNIS FÜR DEN PALAST